

**XXII. GP.-NR
1390 /J
2004 -01- 29
ANFRAGE**

der Abgeordneten Doris Bures
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Absiedelung des Gerichtsgebäudes Riemergasse - ein ganzes
Viertel stirbt!

Durch die Abwanderung der Gerichte aus dem Amtsgebäude Riemergasse in den „City Tower“ im 3. Wiener Gemeindebezirk entstanden nicht nur unerklärbar hohe Kosten, darunter eine 600.000 Euro-Provision an Grasserp-Freund Ernst Karl Plech, sondern wirkt sich diese Absiedelung auch extrem negativ auf die Infrastruktur dieses Bezirksteiles aus. So musste im Februar letzten Jahres nach 139 Jahren die Porzellan-Dynastie Thun-Hohenstein die Rollläden endgültig schließen. Für die prominente Adresse lässt sich nur sehr schwer ein Nachmieter finden. Die Abgänge der umliegenden Geschäfte sind dramatisch. Der Obmann der „IG-Wollzeile“, Wolfgang Ruff, erläutert, dass insgesamt 2.000 Kunden pro Tag fehlen (Die Presse vom 24.11.2003). Unklar ist nach wie vor, wie das unter Denkmalschutz stehende Gerichtsgebäude nachgenutzt werden soll. Ideen rund um einen Verkauf scheiterten bisher, auch ein Hotelprojekt konnte durch die Bundesimmobiliengesellschaft nicht verwirklicht werden.

Die über die Verödung des Viertels Riemergasse besorgten Gewerbetreibenden mussten auch zur Kenntnis nehmen, dass die gesamte Inneneinrichtung des ehemaligen Gerichtsgebäudes systematisch und auch völlig sinnlos vernichtet wurde, sodass eine Nachnutzung absolut verunmöglich wird. Durch die Räumung und Entsorgung sämtlicher Einrichtungsgegenstände ist eine auch nur temporäre Nutzung des ehemaligen Gerichtsgebäudes für Ausstellungen oder andere Veranstaltungen absolut ausgeschlossen.

Aus den genannten Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Welche Kosten werden durch die Leerstehung des Amtsgebäudes Riemergasse monatlich hervorgerufen?
2. Wie wird das Amtsgebäude Riemergasse momentan gewartet, wird dieses Gebäude beheizt und wie wird Vorsorge getroffen, um einem vorzeitigen Verfall dieses historischen Gebäudes vorzubeugen?
3. Seit wann wird dieses Gebäude bisher nicht genutzt und auf welchen Gründen beruht die Leerstehung?
4. In welcher Form wurden Verkaufs- bzw. Verwertungsstrategien für diese Liegenschaft erarbeit und warum konnten diese bisher nicht umgesetzt werden?
5. Inwieweit wurden bei der Absiedelung der Gerichte aus dem Amtsgebäude Riemergasse Überlegungen hinsichtlich der Infrastruktur dieses Bezirksteils angestellt, wie lauteten diese und sind diese in die Absiedelungsentscheidung eingeflossen?
6. Ist es richtig, dass sämtliche Einrichtungsgegenstände des Amtsgebäudes Riemergasse vernichtet bzw. entsorgt wurden und wenn ja, aus welchen Gründen gab es diesbezüglich keine Nachnutzungsmöglichkeiten?
7. Welche Akzente werden durch Ihr Ressort gesetzt, um der drohenden Verödung eines ganzen Bezirksteiles entgegenzuwirken?

